

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	v
Vorwort zur 1. Auflage	vii
Inhaltsverzeichnis	XI
Kapitel 1 Was bedeutet Betreuung?	1
1. Betreuung als Abschaffung der Entmündigung	2
2. Das Wesen der Betreuung	4
Kapitel 2 Notwendigkeit einer Betreuung	7
1. Die medizinischen Voraussetzungen für die Bestellung eines Betreuers	8
a) Die für die Bestellung eines Betreuers maßgeblichen Krankheiten und Behinderungen	8
b) Zwangsbetreuung	9
2. Betreuungsgutachten oder -attest	10
a) Prinzipielle Pflicht zur Einholung eines Gutachtens	10
b) Entbeherrlichkeit eines Gutachtens	11
c) Verwendung vorhandener Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung	11
d) Die Beurteilung der Erforderlichkeit der Betreuung durch den Richter	14
3. Rechtskraft und Abänderbarkeit	17
a) Rechtskraftfähigkeit aller Entscheidungen des Betreuungsgerichts	17
b) Jederzeitige Abänderbarkeit aller Entscheidungen des Betreuungsgerichts	18

4.	Subsidiarität der Betreuung gegenüber Vollmacht und anderen Hilfen	19
a)	Entbehrlichkeit der Betreuung aufgrund Vollmachtseitelung	20
b)	Entbehrlichkeit der Betreuung aufgrund tatsächlicher Hilfen, die auch ohne wirksame rechtliche Vertretung erfolgen	20
5.	Vermeidung einer Betreuung durch Vorsorgeverfügung in gesunden Tagen	22
a)	Die Vorsorgevollmacht	23
b)	Die Generalvollmacht	25
c)	Die Betreuungsverfügung	25
d)	Formerfordernisse von Vorsorgeverfügungen und Vollmachten	27
6.	Der Kontrollbetreuer	29
7.	Der Verfahrenspfleger	33
a)	Notwendigkeit und Entbehrlichkeit des Verfahrenspflegers im Betreuungsverfahren	33
b)	Der ehrenamtliche Verfahrenspfleger	35
c)	Die Entschädigung des Verfahrenspflegers	36
Kapitel 3 Der Aufgabenkreis der Betreuung		37
1.	Allgemeines zum Aufgabenkreis	38
a)	Der Grundaufgabenkreis: Vermögenssorge, Aufenthaltsbestimmungsrecht und Gesundheitsfürsorge	38
b)	Die sinnvollen Ergänzungen: Vertretung gegenüber Heim und Behörden sowie Postvollmacht	39
c)	Der Erforderlichkeitsgrundsatz	40
2.	Einzelne Aufgabenbereiche	42
a)	Die Vermögenssorge	42
b)	Das Aufenthaltsbestimmungsrecht	43
c)	Die Wohnungsauflösung	45
d)	Genehmigungsbedürftige Erklärungen des Betreuers	49
e)	Der Aufgabenkreis „alle Angelegenheiten“	49
f)	Angelegenheiten, die dem Betreuer nicht übertragen werden können	50
3.	Der Einwilligungsvorbehalt	51
Kapitel 4 Wer wird Betreuer?		55
1.	Zur Person des Betreuers	56
a)	Angehörige	56
b)	Sonstige ehrenamtliche Betreuer und ehrenamtliche Vereinsbetreuer	57
c)	Berufsbetreuer	59
d)	Hauptamtliche Vereins- und Behördenbetreuer	60
e)	Betreuungsverein	60
f)	Betreuungsbehörde	61
2.	Ausschluss von Heimmitarbeitern als Betreuer	61

3. Mehrere Betreuer	62
a) Eltern behinderter Kinder; sonstige Betreuung durch Angehörige	62
b) Mehrere Betreuer für getrennte Aufgabenbereiche	63
c) Verhinderungsbetreuung	63
d) Gegenbetreuung	65
Kapitel 5 Die Amtsführung des Betreuers	67
1. Beginn der Betreuung	68
2. Einzelheiten zur Amtsführung des Betreuers	69
a) Aufgaben zu Beginn der Betreuung	69
b) Das Betreten der Wohnung des Betroffenen durch den Betreuer	69
c) Besuchsdichte und Kontaktpflege im weiteren Verlauf der Betreuung	72
d) Inhaltliche Richtlinien für die Amtsführung des Betreuers	72
e) Entscheidungsbedarf bei Nichterreichbarkeit des Betreuers	75
f) Gegenläufige Willenserklärungen des Betroffenen und des Betreuers	75
g) Unterstützung des Betreuers	76
h) Aufsicht des Betreuungsgerichts über den Betreuer	77
3. Betreuungsrecht und nichtbetreuende Angehörige	79
4. Die Beendigung der Betreuung	80
a) Aufhebung der Betreuung	81
b) Beendigung der Betreuung durch Fristablauf?	83
c) Entlassung des Betreuers	84
d) Tod des Betroffenen	85
e) Tod des Betreuers	86
Kapitel 6 Berufsbetreuer	87
1. Berufsbetreuer früher und heute	88
2. Voraussetzungen der Anerkennung als Berufsbetreuer	90
a) Wie wird man Berufsbetreuer?	90
b) Die Übertragung von Berufsbetreuungen	91
c) Erster Regelfall: Mehr als zehn Betreuungen	91
d) Zweiter Regelfall: Gesamtbetreuungsaufwand mehr als 20 Wochenstunden	91
e) Anerkennung einer Berufsbetreuung über die gesetzlichen Regelfälle hinaus	92
f) Beteiligung der Betreuungsbehörde	92
3. Zur Abrechnung des Berufsbetreuers	93
a) Zu den Hintergründen der mit dem 2. BtÄndG eingeführten Pauschalierung der Vergütung	93
b) Einstufung in Vergütungsgruppen	94
c) Die Höhe des zu Grunde zu legenden Stundensatzes	95
d) Die Anzahl der vergütungsfähigen Stunden	96

Kapitel 11 Die neue gesetzliche Regelung der Patientenverfügung	155
1. Ausgangslage	156
2. Die wirksame Patientenverfügung des § 1901a I BGB	157
a) Formelle und inhaltliche Voraussetzungen	157
b) Prüfungsaufgabe von Betreuer oder Bevollmächtigtem	159
c) Folgerungen für die Abfassung von Patientenverfügungen	159
d) Form und Aufbewahrung von Patientenverfügungen	161
e) Verbindung von Patientenverfügung, Betreuungsverfügung und (Vorsorge-)Vollmacht	161
f) Keine Verpflichtung zur Errichtung einer Patientenverfügung	161
3. Die fehlende oder unwirksame Patientenverfügung	161
a) Die Ermittlung des mutmaßlichen Willens des Patienten	162
b) Die Entscheidung des Betreuers	162
4. Die Beteiligung des Betreuungsgerichts	162
5. Definition von Tod und „nächste Angehörige“ im Transplantationsgesetz (TPG)	165
Kapitel 12 Betreuungsrecht, öffentliche Ordnung und zivilrechtliche Ansprüche	169
1. Betreuung zur Behebung von Störungen der öffentlichen Ordnung	170
2. Wer ist für die Bestattung zuständig?	172
a) Regelung der Bestattung	172
b) Wer trägt die Kosten der Bestattung?	174
3. Gefahr des Missbrauchs des betreuungsrichterlichen Eilverfahrens	175
Kapitel 13 Unterbringungssachen	177
1. Abgrenzung Unterbringung und unterbringungähnliche Maßnahme	178
2. Zur Unterbringung gemäß § 1906 I BGB im Einzelnen	179
a) Die Einwilligung des Betroffenen macht einen Gerichtsbeschluss entbehrlich	179
b) Die Unterbringungsgründe Eigengefährdung und Fremdgefährdung	180
c) Unterbringung in einer offenen Einrichtung	186
d) Zwangsbehandlung	188
e) Missbräuchliche Unterbringungsanträge	188
3. Zur unterbringungähnlichen Maßnahme gemäß § 1906 IV BGB im Einzelnen	188
a) Bettgitterfälle	189
b) Gurtfixierungen	190
c) Sedierende Medikamente	190
d) Fixierungen in Allgemeinkrankenhäusern bei Unruhezuständen nach einer Narkose	191

e) Genehmigung unterbringungähnlicher Maßnahmen im Interesse Dritter	191
f) Genehmigungsfreiheit unterbringungähnlicher Maßnahmen bei Familienpflege	192
4. Der Verfahrenspfleger in Unterbringungssachen	194
5. Die Abgabe von Unterbringungssachen	194
Kapitel 14 Die Haftung des Betreuers	195
1. Die Haftung des Betreuers gegenüber dem Betreuten	196
2. Die Haftung des Betreuers gegenüber Dritten	197
a) § 1833 BGB	197
b) Vertragliche Ansprüche	198
c) Haftung des Betreuers als Sachwalter	198
d) Unterlassung des Stellens eines Sozialhilfeantrags	199
e) Aufsichtspflichtverletzung	199
f) Haftung des Betreuers aus allgemeinem Deliktsrecht	200
3. Haftpflichtversicherung der Betreuer	200
Kapitel 15 Ärztliche Gutachten und Atteste in Betreuungssachen	201
1. Anforderungen an das Gutachten	202
a) Wer kommt als Sachverständiger in Betracht?	202
b) Inhaltliche Anforderungen an das Gutachten	203
c) Zwangsbegutachtung	204
2. Anforderungen an das Attest	206
3. Gutachten in Sonderfällen	206
a) Genehmigung gefährlicher Eingriffe gemäß § 1904 BGB	206
b) Sterilisationsgutachten	208
c) Weitere Einzelfälle	211
Kapitel 16 Anmerkungen für Betreuungsrichter	213
1. Die Anhörung des Betroffenen	214
a) Plädoyer für die Erstanhörung	214
b) Zur Anhörung im Einzelnen	215
c) Beschlüsse ohne vorherige Anhörung der Betroffenen?	219
d) Entbehrlichkeit von Folgeanhörungen?	222
2. Fälle der Entbehrlichkeit von Gutachten, Sozialbericht und Verfahrenspfleger	222
a) Entbehrlichkeit eines Gutachtens	223
b) Entbehrlichkeit von Sozialberichten	225
c) Entbehrlichkeit von Verfahrenspflegschaft	226

3. Unterbringungsfragen	227
a) Abgrenzung Unterbringung und unterbringungähnliche Maßnahme	227
b) Zu unterbringungähnlichen Maßnahmen	228
c) Vollzug des unmittelbaren Zwangs	229
4. Die Betreuung durch Angehörige oder sonstige ehrenamtliche Betreuer	230
a) Angehörigenbetreuungen	230
b) Sonstige ehrenamtliche Betreuer	230
5. Berufsbetreuerpflege durch das Gericht	231
6. Erleichterung des Geschäftsgangs	232
a) Beschlüsse nicht förmlich zustellen	232
b) Abgabe, Übernahme und Beendigung von Betreuungsverfahren	232
Kapitel 17 Reformvorschläge	235
1. Fakultative Beteiligung von Sachverständigen und Verfahrenspflegern	236
2. Regelung der Unterbringung in einer offenen Einrichtung	237
3. Regelung der ambulanten Zwangsbehandlung	238
Anhang Gesetzestexte	241
1. Die betreuungsrechtlichen Hauptnormen §§ 1896 – 1908i BGB	241
2. Die gemäß § 1908i BGB entsprechend anwendbaren Bestimmungen	251
3. Der allgemeine Teil des FamFG (§§ 1 – 110) – <i>Auszug – (soweit im Buch zitiert)</i>	267
4. Verfahren in Betreuungssachen (§§ 271 – 311 FamFG)	272
5. Verfahren in Unterbringungssachen (§§ 312 – 339 FamFG)	287
6. Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG)	295
7. Heimgesetz – <i>Auszug –</i>	300
Literaturverzeichnis	303
1. Kommentare	303
2. Monographien	304
3. Zeitschriften	304
4. Gesetzestexte	304
5. Internet	304
Sachverzeichnis	305